

Die ökonomische Bedeutung von Marktaustritten und Überlebensdauer von Unternehmen

Executive Summary

Im Jahr 2023 kam es in Österreich zu rd. 36.800 Unternehmensschließungen, es gab rd. 5.400 Unternehmensinsolvenzen und rd. 7.400 Unternehmensübernahmen. Dies verdeutlicht, dass der größte Anteil an Marktaustritten durch freiwillige Schließungen solventer Unternehmen erfolgt, wobei ein Großteil der freiwilligen Schließungen ebenfalls auf wirtschaftliche Gründe zurückzuführen ist. In den vergangenen Jahren (2022 u. 2023) ist nach Rückgängen während der Corona-Pandemie sowohl die Zahl der Unternehmensschließungen, der Insolvenzen sowie der Unternehmensübernahmen gestiegen. Im internationalen Vergleich zeichnet sich Österreich durch eine vergleichsweise geringe Austrittsrate (4,9 % gegenüber 7,6 % EU-weit im Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2020) und hohe Überlebensraten aus (53,7 % gegenüber 46,1 % EU-weit für die fünfjährige Überlebensquote von 2015 neu gegründeten Unternehmen).

Bestimmungsfaktoren von Marktaustritten und Überlebensdauer

Unternehmensaustritte werden von unterschiedlichen Faktoren bestimmt, die Charakteristiken des Unternehmens („Mikrofaktoren“) oder Charakteristiken des externen Umfelds („Makrofaktoren“) betreffen können. Faktoren, welche die Wahrscheinlichkeit von Unternehmensaustritten verringern bzw. das Überleben erhöhen sind: Effizienz und Produktivität von Unternehmen, gute Finanzierungsqualität und guter Finanzierungszugang, die Unternehmensform des Familienunternehmens, die Erfahrung und die Kompetenz bzw. das Know-how der Unternehmer*innen sowie eine hohe Kapitalintensität. Umgekehrt werden Marktaustritte wahrscheinlicher und die Überlebensdauer von Unternehmen verkürzt durch Faktoren wie hohe Wettbewerbsintensität und viele Newcomer sowie geringe Rentabilität. Darüber hinaus ist die Austrittswahrscheinlichkeit bei Start-ups höher. Literatur- und Datenanalysen weisen weiters darauf hin, dass eine ineffiziente Ausgestaltung des Insolvenzrechts zu niedrigen Austrittsraten führen bzw. rasche Austritte verhindern kann. Ambivalent wirkt der Faktor Innovation und technologischer Wandel – dieser führt auf Makroebene zu höheren Marktaustritten, während hohe Innovationsaktivitäten auf Ebene der Unternehmen diesen einen längeren Fortbestand ermöglichen.

Bestimmungsfaktoren für Marktaustrittsraten

Wirkung	Faktoren
Senkt Marktaustritte Erhöht Überlebensrate	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Effizienz und Produktivität der Unternehmen bzw. des Unternehmenssektors ▶ Gute Finanzierungsqualität und guter Finanzierungszugang der Unternehmen ▶ Familienunternehmen ▶ Erfahrung/Kompetenz/Know-how der Unternehmer*innen ▶ Kapitalintensität der Branche
Erhöht Marktaustritte Senkt Überlebensrate	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Hohe Wettbewerbsintensität (durch Newcomer) ▶ Geringe Rentabilität der Unternehmen ▶ Start-ups haben höhere Austrittswahrscheinlichkeit
Ambivalente Wirkung	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Innovation und technologischer Wandel: Generell starker technologischer Wandel erhöht Marktaustritte, eine hohe Innovationsperformance auf Unternehmensebene senkt jedoch Marktaustritte

Gesamtwirtschaftliche Bedeutung und Wirkung von Marktaustritten und Überlebensdauer

Marktaustritte und Überlebensraten stehen in einem gewissen Spannungsfeld im Hinblick auf ihre gesamtwirtschaftliche Bedeutung. Unternehmensschließungen sind zunächst unmittelbar mit negativen Effekten verbunden, welche abhängig von der Größe der Unternehmen, ihrer Position und Rolle in Wertschöpfungsketten unterschiedlich hoch ausfallen. Marktaustritte führen zu Verlust von Arbeitsplätzen (und damit Kaufkraft), Kompetenzen und Know-how, was insbesondere in dezentralen Lagen zu hohen sozialen und ökonomischen Kosten führen kann. Unternehmensschließungen können zudem zu Friktionen auf den verschiedenen Märkten führen, die Marktkonzentration erhöhen und insgesamt zu negativen Effekten auf das BIP führen – insbesondere wenn größere Betriebe von der Schließung betroffen sind. Längere Überlebensdauern fördern wirtschaftliche Stabilität und bilden die Grundlage für den Aufbau von Kompetenzen und Know-how innerhalb von Organisationen. Sie ermöglichen die Entwicklung größerer Unternehmen, die Skaleneffekte für die Realisierung von Produktivitätssteigerungen nutzen können sowie ausreichend Ressourcen für Investitionen in Innovation und F&E zur Verfügung haben.

Mittel- bis langfristig ist es jedoch aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive wichtig, dass ineffiziente und unproduktive Unternehmen aus dem Markt ausscheiden und die frei gewordenen Ressourcen in neuen oder bestehenden Unternehmen eine produktivere Verwendung finden. Damit wird durch Marktaustritte die Allokation von Ressourcen verbessert, was die Voraussetzung für Innovationsprozesse, technologischen Fortschritt und wirtschaftliches Wachstum bildet. Auch vor dem Hintergrund der aktuellen grünen und digitalen Transformation der Wirtschaft ist dies von Relevanz. Ergebnisse der vorliegenden Studie zeigen, dass eine höhere Marktdynamik im Sinne von Ein- und Austrittsraten mit einer positiven Entwicklung von BIP und Multifaktorproduktivität einhergeht.

Geringe Austrittsraten können vor allem dann ein Problem darstellen, wenn sogenannte „Zombie-Unternehmen“, bzw. leistungsschwache oder „verdeckt überschuldete“ Unternehmen nicht aus dem Markt ausscheiden oder umstrukturiert werden, sondern über einen längeren Zeitraum hinweg weiterbestehen. Zombie-Unternehmen können die Gesamtproduktivität und das Wirtschaftswachstum sowohl direkt als auch indirekt beeinträchtigen und die Erholung nach Krisen verzögern. Direkt wirken sie durch ihre geringe Produktivität, niedrigere Investitionen und schwächere Beschäftigungsdynamik. Indirekt führen sie zu Verdrängungseffekten, da sie Ressourcen wie Humankapital binden, die andernorts

produktiver eingesetzt werden könnten. Zudem belasten sie Bankbilanzen und erschweren gesunden Unternehmen den Zugang zu Krediten, was die Rentabilität ganzer Branchen senken und die Finanzierungskosten erhöhen kann. Durch wettbewerbsverzerrende Effekte wie Preisdruck und reduzierte Gewinnmargen hemmen sie Investitionen, Innovation und Gründungen.

Für einen optimalen Austausch innerhalb der Unternehmenspopulation ist es vor diesem Hintergrund entscheidend, produktive Unternehmen zu erhalten, während unproduktive Unternehmen zügig restrukturiert oder geordnet aus dem Markt ausscheiden sollten.

Evaluierung der Situation in Österreich

In Österreich dürfte es grundsätzlich selten der Fall sein, dass es zu Schließungen produktiver Unternehmen kommt. Marktaustritte grundsätzlich produktiver Unternehmen treten u.a. in Zusammenhang mit fehlenden Nachfolger*innen für altersbedingt ausscheidende Betriebsinhaber*innen auf, oder in anderen Fällen, in denen Schließungsgründe im persönlichen Bereich von Inhaber*innen angesiedelt sind. Dies dürfte im gesamten Schließungsgeschehen einen (noch) geringen Teil ausmachen, könnte aber aufgrund der demografischen Situation an Bedeutung gewinnen. Außerdem gewinnen Herausforderungen in Zusammenhang mit der Unternehmensnachfolge auch aufgrund der zunehmenden Zahl an familienexternen Übergaben an Relevanz, da diese zumeist entgeltlich erfolgen und potenzielle Nachfolger*innen häufig nicht das notwendige Kapital für die Übernahme aufwenden können. Zu einem längeren Bestand unproduktiver Unternehmen kann es ebenfalls im Zusammenhang mit der Unternehmensnachfolge kommen, wenn sich etwa der Übergabeprozess verzögert und der/die Alteigentümer*in aufgrund der bevorstehenden Übergabe Investitionen, die für den Erhalt der Produktivität notwendig sind, hinauszögert.

Um den Fortbestand dieser (grundsätzlich produktiven) Unternehmen zu sichern, sind demnach geeignete Rahmenbedingungen für die Übertragung von Unternehmen an neue Inhaber*innen (einschließlich Unterstützungen und Märkten dafür) sowie steuerliche Begünstigungen, geeignete Finanzierungsinstrumente, finanzielle Förderungen und Beratungsangebote relevant.

Marktaustritte produktiver Unternehmen können des Weiteren in Zusammenhang mit punktuellen Investitionsbedarfen (z.B. Modernisierungs- oder Ersatzinvestitionen) und dafür fehlenden Finanzierungsmöglichkeiten auftreten. In dieser Hinsicht sind somit funktionierende Finanzierungsmärkte wesentlich, die in diesen Fällen Kapital zur Verfügung stellen, um Schließungen zu vermeiden.

Ein großer Teil der Schließungen erfolgt aus wirtschaftlichen Gründen (fehlende wirtschaftliche Nachhaltigkeit), wenngleich hiervon nur ein relativ kleiner Teil insolvenzbedingt ist bzw. ein Insolvenzverfahren durchläuft. Die Sicherstellung eines hohen Kompetenzniveaus von Selbstständigen bzw. der Unternehmensleitung sowie eine hohe Innovationsfähigkeit der Unternehmen sind vor diesem Hintergrund – gerade in Zeiten der Transformation und des technologischen Wandels - zwei weitere zentrale Handlungsfelder, die zu einem nachhaltigen Bestand produktiver Unternehmen beitragen können.

Die Untersuchung des Anteils an Zombie-Unternehmen in Österreich zeigt, dass dieser zwar zuletzt (2023) leicht angestiegen ist, sich jedoch im längeren Zeitverlauf stark rückläufig entwickelt hat, was darauf hindeutet, dass es in Österreich heute eher selten zu einem langen Bestehen unproduktiver Unternehmen kommt. Auch im internationalen Vergleich weist Österreich niedrige Anteile an Zombie-Unternehmen auf.

Dennoch könnte eine etwas höhere Dynamik im Unternehmensbestand – mit mehr Neugründungen und Unternehmensschließungen – aus gesamtwirtschaftlicher Sicht vorteilhaft sein, wie zuvor dargelegt. Ein Faktor zur Förderung unternehmerischer Dynamik liegt in den soziokulturellen Normen. Phasen unternehmerischer Restrukturierung und Schließung stehen weiterhin selten im Fokus wirtschaftspolitischer Maßnahmen und sind sowohl in der politischen Debatte als auch in der Gesellschaft häufig tabuisiert und stigmatisiert. Diese Normen bilden eine wesentliche Hürde für höhere Ein- und Austrittsraten von Unternehmen.

Die Stigmatisierung des unternehmerischen Scheiterns führt dazu, dass viele Menschen aus Angst vor Misserfolg das Risiko einer Unternehmensgründung vermeiden, dass Unternehmer*innen bei wirtschaftlichen Problemen keine frühzeitige Unterstützung in Anspruch nehmen bzw. entsprechende Angebote nicht bekannt oder wenig genutzt werden. Zudem kann es dazu führen, dass notwendige Restrukturierungsmaßnahmen und die Schließung nicht mehr rentabler Unternehmen hinausgezögert werden. Stigmatisierung hemmt zudem die Bereitschaft gescheiterter Unternehmer*innen, ein neues Unternehmen zu gründen, wodurch wertvolle Lerneffekte ungenutzt bleiben, die den Erfolg eines Folgeunternehmens erheblich steigern könnten.

Ein Bewusstsein dafür, dass Restrukturierung und Schließung integrale Bestandteile des unternehmerischen Lebenszyklus sowie wichtige Treiber wirtschaftlicher Dynamik und Erneuerung sein können, ist entscheidend, um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern. Eine entsprechende Bewusstseinsbildung und Förderung einer „Kultur des Scheiterns“ bzw. „Kultur der zweiten Chance“ könnte ein wichtiger Beitrag sein, um einen kulturellen Wandel anzustoßen, der langfristig positive Impulse für die wirtschaftliche Dynamik setzen kann.

Das österreichische Insolvenzsystem wird von Experten als relativ effektiv und treffsicher bewertet, da es einerseits die Fortführung beziehungsweise Restrukturierung grundsätzlich überlebensfähiger Unternehmen ermöglicht und andererseits unproduktive Unternehmen effektiv aus dem Markt ausscheiden lässt. Auch der vergleichsweise niedrige Anteil an Zombie-Unternehmen in Österreich weist auf ein gut funktionierendes Insolvenzsystem hin.

Ansätze zur weiteren Effizienzsteigerung des Insolvenzsystems, wie sie beispielsweise von der OECD anhand des OECD-Insolvenzindikators angeregt werden, bringen meist sowohl Vor- als auch Nachteile mit sich. Die Ausgestaltung von Insolvenzsystemen bewegt sich dabei in einem Spannungsfeld bei dem ein Kompromiss zwischen der Effizienz der Verfahren und der Ermöglichung eines schnellen Neustarts einerseits und dem Schutz sowie den Rechten aller Beteiligten (wie Lieferanten, Kund*innen und Mitarbeiter*innen) andererseits gefunden werden muss.

Ein erleichterter Zugang zum österreichischen Insolvenzsystem könnte durch die Vorfinanzierung des Mindestkapitals von € 4.000 (durch öffentliche Mittel oder alternative Finanzierungsmodelle) für Verfahren erreicht werden, die sonst mangels Masse abgelehnt würden. Dies würde den vergleichsweise hohen Anteil von rund 40 % an nicht eröffneten Insolvenzen verringern und könnte zugleich langfristige wirtschaftliche Vorteile schaffen. Ebenso könnte der Zugang zu Kapital vor und während der Sanierung oder Restrukturierung verbessert werden, um notwendige Investitionen tätigen zu können. Eine Vereinfachung und Attraktivierung des bestehenden vorinsolvenzlichen Restrukturierungsverfahrens könne weiters in Erwägung gezogen werden. Besonders die Reduktion der Vorbereitungs- und Kostenintensität könnte dazu beitragen, die Akzeptanz und Nutzung dieses Instruments durch Unternehmen zu fördern.

Jenseits des Insolvenzregimes spielen zudem effektive, treffsichere Finanzierungsmärkte eine Rolle, aber auch eine Gestaltung von Unternehmensförderungen, die die Subventionierung unproduktiver Unternehmen (basierend auf Einzelfallbeurteilung) möglichst vermeidet. Der wirtschaftspolitische Fokus liegt zudem weiterhin stark auf dem Anfang des unternehmerischen Lebenszyklus. In der Phase der Unternehmensgründung gibt es in Österreich ein umfangreiches Unterstützungsangebot und auch die gesetzlichen Bestimmungen werden als wenig komplex eingestuft. Für Phasen in unternehmerischen Schwierigkeiten und Schließungsphasen gibt es demgegenüber weniger Unterstützungsangebote bzw. dürften diese auch weniger bekannt sein, obgleich die gesetzlichen Bestimmungen komplexer und häufig nur mit externer Unterstützung bewältigbar sind. Eine Förderung in diesem Zusammenhang bietet die Maßnahme „Perspektive Zukunft“, im Rahmen derer EPU und kleine Unternehmen individuelle geförderte Beratung in Krisensituationen nutzen können. Unternehmen können zudem die Beratungs- und Informationsangebote der Wirtschaftskammern Österreichs (WKO) in Anspruch nehmen, beispielsweise zu ertrags- und finanzwirtschaftlichen Sanierungsmaßnahmen.